

Brühler Zeitung

Anzeigenpreis für 1 mm Höhe 10 Pfg. Resten 20 Pfg.
Druckgebühren und Anzeigenverteilung 20 Pfg. — Beilagen pro
Tausend 15 Pfg. — Bei zwangsweiser Verbreitung oder Kontos
ist jeder Rabatt hinfällig. — Platzverrichten unverbindlich.

Amtsblatt der Stadt Brühl

Postfachkonto Köln 12742 — — — Fernsprecher 2108

Bezugspreis Durch den Boten frei ins Haus oder durch die Post
monatlich 1.50 Mk. einl. Frägerlohn. Die Brühler Zeitung erscheint tägl.
lich außer an Sonn- und Feiertagen. Störungen infolge höherer Gewalt
oder Ausstände rechtfertigen keine Ersatzaufträge.

Beilagen: Der Familienfreund * Sport * Aus der Welt der Frau * Der praktische Landwirt * Der Erzähler * Der Mittelstand * Sonntagsfreude * Rundfunk

Nr. 96

Dienstag, 26. April 1932

35. Jahrgang

Was geschieht mit Preußen?

Die Listenverteilung der Mandate zum Preussischen Landtag

El Berlin, 25. April. Die Verteilung der zum Preussischen Landtag neu gewählten Abgeordneten auf die einzelnen Listen ist folgende:

Gesamtzahl der Abgeordneten: 422.

A) Direkt gewählt: 350.

B) Durch Verbindungen in den Wahlkreisverbänden gewählt: 31.

C) Nach der Landesliste gewählt: 41.

Die Verteilung auf die einzelnen Parteien ist folgende:

	a) direkt	b) Listen-	c) n. Lan-	auf-
	verb.	desliste		
Sozialdemokraten	82	6	5	93
Deutschnationale	19	4	8	31
Zentrum	55	7	5	67
Kommunisten	45	7	5	57
Deutsche Volkspartei	—	4	3	7
Staatspartei	—	1	1	2
Nationalsozialisten	9	—	13	162
Deutsche Hannov.	—	1	—	1
Christl.-Sog.	—	1	1	2

Alle übrigen Parteien haben weder in einem Wahlkreis, noch in einem Wahlkreisverband die erforderliche Stimmenzahl erreicht.

Noch kein Rücktritt der Regierung Braun

El Berlin, 25. April. In Kreisen der preussischen Regierung verläutet im Gegensatz zu anderen Gerüchten, daß die preussische Staatsregierung Braun auf Grund des jetzt vorliegenden Landtagswahlergebnisses in diesem Zeitpunkt selbstverständlich nicht zurücktreten werde, da der Rücktritt verfassungsmäßig doch nur dem Landtagspräsidenten mitzuteilen wäre und dieser daraufhin die Wahl eines neuen Ministerpräsidenten veranlassen müßte. Die Rücktrittserklärung der Regierung Braun kann also nur gegenüber dem neuen Landtagspräsidenten erfolgen. Der alte Landtag besteht, da seine vorherige Auflösung nicht erfolgt ist, noch bis zum 20. Mai. Spätestens nach 30 Tagen, also spätestens am 19. Juni würde demzufolge erst der neue Landtag zusammentreten und einen neuen Landtagspräsidenten wählen können. In Kreisen der gegenwärtigen preussischen Staatsregierung beurteilt man im übrigen die neue Lage so, daß sich im neuen Landtage höchstwahrscheinlich keine arbeitsfähige Mehrheit finden werde. Sollte aber keine Mehrheit koalition und demzufolge auch nicht eine Mehrheit für einen neuen Ministerpräsidenten gefunden werden, so würde das Kabinett Dr. Braun, das vorher dem neuen Landtagspräsidenten seinen Rücktritt erklärt haben würde, als geschäftsführendes Ministerium im Amt bleiben.

Eine Koalitionsbereitschaft des Zentrums mit den Nationalsozialisten bezweifelt man mit dem Hinweis auf Hessen. Ein geschäftsführendes Ministerium auch in Preußen würde, so meint man, durchaus nichts Neues darstellen, da Bayern und Sachsen und seit dem vorigen Jahre auch Hessen gleichfalls durch geschäftsführende Ministerien verwaltet worden seien, bzw. verwaltet werden. Gesetze von irgendwelcher Bedeutung würden allerdings vermutlich im Landtag keinerlei Mehrheit finden.

Die Ansicht des Zentrums zur Koalition mit rechts bereit?

El Berlin, 25. April. In Kreisen der Zentrumspartei wird mit Befriedigung betont, daß das Zentrum, wie bisher, so auch jetzt im neuen Preussischen Landtag die Schlüsselstellung innehaben werde und damit die Gewähr für einen ordnungs- und verfassungsmäßigen Verlauf der Dinge gegeben sei. Aufgabe der Rechtsgruppen sei es nunmehr, zu erklären, ob sie weiterhin in ihrer bisherigen Opposition verharren, oder ihre negative Opposition aufgeben wollten und voll auf dem Boden der Verfassung zur positiven Mitarbeit bereit seien.

Reichsregierung und Länderwahlen

El Berlin, 25. April. In Kreisen der Reichsregierung hält man sich im Urteil über das Wahlergebnis in Preußen und in den übrigen Ländern, in denen die Landtage neu gewählt wurden, naturgemäß zurück. Es wird, so erklärt man, Sache der neuen Fraktionen selbst sein, ob die geschlossenen Mehrheiten für die Landesregierungen zustande bringen werden, oder nicht.

Soweit die bisherigen Koalitionen in Frage kommen — also unter Ausschluß der Natio-

nalsozialisten und der KPD — wären allerdings Mehrheitsbildungen irgendwelcher Art weder in Preußen, noch in Bayern, noch in Württemberg, zu erkennen. Die Verhältnisse liegen dort heute so, wie nach den letzten Landtagswahlen in Hessen. In unterrichteten Kreisen, die der Regierung des Reiches nahe stehen, verzeichnet man jedoch die Tatsache, daß die Verhältnisse in den genannten großen Ländern nunmehr ziemlich übereinstimmend sind, und daß es Sache der sogenannten Opposition sei, sich nunmehr positiv auf die Möglichkeit von Koalitionen mit dem Zentrum bzw. der Bayerischen Volkspartei einzustellen, da nur solche Koalitionen, wenn überhaupt, auf längere Zeit tragfähige Mehrheiten verbürgen könnten. Man glaubt, daß auch das Zentrum in den kommenden Verhandlungen dieser Sachlage Rechnung tragen wird.

Die Sozialdemokraten zum Wahlergebnis in Preußen

El Berlin, 25. April. Zum Wahlergebnis in Preußen erklärt der Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion im Preussischen Landtag, Heilmann: Ich glaube nicht daran, daß eine Koalition von den Nationalsozialisten bis zum Zentrum zustandekomme wird. Die Regierungsbildung wird wesentlich davon beeinflusst sein, ob der neue Landtag die kürzlich vorgenommene Aenderung der Geschäftsordnung hinsichtlich der Wahl des Ministerpräsidenten wieder rückgängig macht. Sollte sich keine Mehrheit für die abermalige Aenderung der Geschäftsordnung im neuen Landtag finden, dann würde die Regierung Braun vorläufig geschäftsführend im Amt bleiben, bis es auf die eine oder andere Weise gelingt, eine neue Regierung zu bilden.

Das Echo der Preußenwahlen im Ausland

El Paris, 25. April. Das Ergebnis der Preußenwahlen wird von der Pariser Presse noch mit einiger Zurückhaltung besprochen. Man unterstreicht allgemein den großen Erfolg der Nationalsozialisten und den starken Verlust der Sozialisten, legt dabei gleichzeitig besonders Wert auf die Feststellung, daß es den Rechtsparteien nicht gelungen sei, die absolute Mehrheit an sich zu bringen und damit auf die Wahl des neuen Ministerpräsidenten entscheidend einzuwirken. Der „Figaro“ bedient sich des Ausdrucks der Nationalsozialisten, um für die französischen Wahlen Propaganda zu machen und die Wähler an ihre Pflicht zu erinnern, da sich das Wahlergebnis in weitestem Maße auch auf die deutsche Außenpolitik auswirken würde.

El London, 25. April. In großen Überschriften verkündet die Londoner Presse ihren Lesern das ungeheure Aufschwollen der Nationalsozialisten in den preussischen Wahlen. Mit einer gewissen Besorgnis wird festgestellt, daß die Kommunisten das Jünglein an der Waage sein können. „Daily Telegraph“ beginnt deshalb, sich für eine Koalition der Zentrumspartei mit den Rechtsparteien einzusetzen, um den kommunistischen Einfluß auszugleichen.

El Warschau, 25. April. Der Sieg Hitlers bei den Preußenwahlen hat allein nach den Überschriften der polnischen Morgenblätter zu urteilen, größtes Aufsehen und allgemeine Überraschung hervorgerufen. Der regierungsfreundliche „Kurjer Poranny“, dem die abschließenden Zahlen noch nicht bekannt sind, sieht sich bereits veranlaßt, hervorzuheben, daß, obgleich der neue preussische Landtag keine Regierungsmehrheit aufweise, er nunmehr ein hervorragendes Gebiet für weitere Verschärfung der Parteikämpfe sei. Ferner erklärt das Blatt wörtlich: „... zunächst können wir in Deutschland ein Chaos feststellen, aus dem für den Frieden in Europa nichts Gutes hervorgehen kann. Die Deutschen werden immer mehr zur Gefahr für den Weltfrieden.“

El New York, 25. April. Die „New York Times“ veröffentlicht nur das Ergebnis der Wahlen in den deutschen Ländern auf der ersten Seite ihres Blattes, ohne dazu selbst Stellung zu nehmen. Im Leitartikel der „New York Herald and Tribune“ wird versichert, viele Kreise Deutschlands glaubten, daß die nationalsozialistische Bewegung ihren Höhepunkt erreicht

habe. Das Blatt rechnet aus, daß der Gewinn der Nationalsozialisten von 600 000 gegenüber der ersten Reichspräsidentenwahl auf Kosten der Deutschnationalen gehe und daß sich ein Stimmenverlust der Nationalsozialisten von 750 000 gegenüber dem zweiten Reichspräsidentenwahltag ergebe. Nationalsozialisten und Deutschnationale seien zweifelhaft Verbündete, die nie erfolgreich zusammen arbeiten könnten.

Die Wahlen in Oesterreich

El Wien, 25. April. Das Ergebnis der Wiener Wahlen ist nach der vorläufigen amtlichen Feststellung folgendes: Es wurden abgegeben: 1 159 360 Stimmen, davon entfielen auf die Christlich-Sozialen 233 622, auf die Nationalsozialisten 201 365, auf die Groß-Deutschen 8858, auf die Sozialdemokraten 682 323, auf die Kommunisten 20 839. Den Sozialdemokraten fehlt in Wien ein Mandat an der Zweidrittelmehrheit. In Niederösterreich, wo die Christlich-Sozialen die Mehrheit innehaben, haben sie sie verloren.

Die bisher bekannten Ergebnisse der Gemeinderatswahlen in Kärnten und in Steiermark lassen einen Gesamtüberblick noch nicht zu. Wie die „Reichspost“ aus Graz meldet, erleiden die Sozialdemokraten fast durchweg Verluste, zum kleineren Teil an die Kommunisten, zum weitaus größeren aber an die Nationalsozialisten. Besonders in Obersteiermark seien die Verluste der Sozialdemokraten groß. Die Nationalsozialisten gewannen auf Kosten der Sozialdemokraten, der Landbühler und der Groß-Deutschen überall stark an Boden. In Kärnten verloren die Sozialdemokraten in Stadt und Land im Durchschnitt 10—20 v. H. ihrer Stimmen. Besonders groß scheinen die Verluste in der von ihnen bisher verwalteten Stadt Villach. Hier ist die Zunahme der Nationalsozialisten besonders stark und beträgt 2400 Stimmen. Wie von anderer Seite gemeldet wird, gewinnen die Nationalsozialisten in Kärnten rund 300 Gemeinderatsmandate.

Amerika und die Tributzfrage

El Genf, 24. April. Von zuständiger amerikanischer Seite wird ausdrücklich erklärt, daß Staatssekretär Stimson in Genf keinerlei Verhandlungen mit den Vertretern der europäischen Großmächte über die Tributzfrage geführt hat. In den Besprechungen mit den Vertretern Deutschlands, Frankreichs und Englands habe der amerikanische Staatssekretär eingehende Auskünfte über die gesamten Finanz- und Wirtschaftsprobleme Europas geführt und die Auffassungen der leitenden Staatsmänner der Großmächte kennen gelernt.

Es wird jedoch von amerikanischer Seite ausdrücklich betont, daß eine Aenderung in der Haltung der amerikanischen Öffentlichkeit und des Kongresses in der internationalen Schuldenfrage vermutlich dann eintreten könne, wenn zwischen den europäischen Staaten — vor allen Dingen den europäischen Großmächten — eine Einigung über die Lösung der dringenden Finanz- und Wirtschaftsprobleme und eine Lösung der Abwicklungsfrage gefunden werde. Nur unter dieser Voraussetzung seien Verhandlungen zwischen den europäischen Mächten und der amerikanischen Regierung

denkbar. Der Senat würde zweifellos jede Unterstützung des internationalen Schuldenproblems und die Initiative in dieser Frage ablehnen, solange nicht die europäischen Staaten unter sich eine gemeinsame Regelung in der Tributzfrage gefunden hätten. Die amerikanische Regierung werde daher voraussichtlich auf der Lausanner Konferenz nicht einmal durch einen Beobachter vertreten sein.

Griechenland gibt die Goldbasis auf

El Athen, 25. April. In einer Finanzkonferenz, die am Montag unter dem Vorsitz von Venizelos stattfand, wurde beschlossen, endgültig die Goldbasis der Drachme aufzugeben. Ein diesbezüglicher Gesetzentwurf ist vom Ministerpräsidenten fertiggestellt worden und wird am Montagabend der Kammer vorgelegt werden. Venizelos wird dabei längere Ausführungen über die Finanzlage machen. Es ist angefordert worden, daß das Gesetz sofort im Regierungsorgan veröffentlicht wird, sodas mit dem Inkrafttreten der Ausgabe der Goldbasis für Dienstag zu rechnen ist.

Protest der Landgemeinden gegen die beabsichtigte Erhöhung der Provinzialumlage

Wie dem Verband der Preussischen Landgemeinden berichtet wird, ist seitens der Provinzialverwaltung eine Erhöhung der Provinzialumlage für das kommende Rechnungsjahr geplant. Dieser Absicht muß auf das schärfste widersprochen werden. Abgesehen davon, daß einer solchen Maßnahme die Vorschriften des Pfandbriefgesetzes und der Realsteuergesetze grundsätzlich widersprechen, muß angenommen werden, daß die auf Grund der verschiedenen Verordnungen des Herrn Reichspräsidenten möglichen Einsparungen hinfällig, um den Provinzialhaushalt ohne Erhöhung der Provinzialumlage zu balancieren. Es geht jedenfalls nicht an, den Ausgleich in einer Erhöhung der Provinzialumlage zu suchen, weil die Kreise und die Landgemeinden infolge des außerordentlichen Steueranwachses und der täglich zunehmenden Belastung mit Ausgaben für die Erwerbslosen eine weitere Belastung nicht mehr tragen können. Es steht fest, daß die Mehrzahl der Landgemeinden schon jetzt auf das schwerste von der wirtschaftlichen Notlage bedrückt wird und daß viele von ihnen überhaupt nicht in der Lage sind, den eigenen Haushalt auszugleichen. Eine weitere Belastung der steuerehenden ländlichen Einwohner ist unter gar keinen Umständen mehr verantwortungsvoll. Die Gemeindeverbände der Provinz haben bisher in zäher, aufopfernder Arbeit den Kampf für die Aufrechterhaltung der ländlichen Selbstverwaltung geführt und auch unter schwierigsten Verhältnissen mit ernstem Willen unpopuläre Maßnahmen im Interesse des Volksganzen sachlich ausgeführt. Der Vorstand des Verbandes der Preussischen Landgemeinden erwartet von der Leitung der Provinzialverwaltung und von den Abgeordneten des Provinziallandtages, daß sie der allgemeinen Notlage Rechnung tragen und eine Erhöhung der Provinzialumlage ablehnen, von der Staatsregierung, daß sie einem etwaigen dahingehenden Antrag die Zustimmung verweigert.

Aufruf des Zentrums an die Zentrumswähler!

Einen großen Sieg dürfen wir verzeichnen. Das Zentrum bleibt die Achse der deutschen Politik. Wie ist die Zentrumspartei einem schwereren Ansturm ausgesetzt gewesen als in diesem Wahlkampf in solchen außerordentlichen Zeiten. Trotzdem konnte sie nicht nur gegenüber der letzten Landtagswahl, sondern auch gegenüber der Reichstagswahl vom 14. September 1930 ihre Stimmenzahl in fast allen Wahlkreisen um ein Erhebliches vermehren. Mit Freude darf die Zentrumspartei in Preußen auf diesen ihren Sieg von großen Ausmaßen schauen. In dieser Stunde eines gewaltigen Erfolges drängt es den Vorstand der Preussischen Zentrumspartei, allen Wählern, Frauen und Männern, besonders der Jugend und den Vertrauensleuten, den Dank auszusprechen für ihre erneut bewiesene Treue und ihre opferbereite Mitarbeit, die sich so glänzend in der Zahl der gewonnenen Stimmen gelohnt haben.

Die neugewählte Zentrumsfraktion in Preußen wird entsprechend dem Aufruf zu Beginn des Wahlkampfes und getreu dem Programm und der Ueberlieferung der Gesamtpartei auch im neuen Landtage das Ziel ihrer Politik in der Aufrechterhaltung christlich-deutscher Volkshultur und einer gesunden Volkswirtschaft sehen. Sie ist bereit, mit allen Parteien zusammenzuarbeiten, die auf der Grundlage der Verfassung dem Wohle des gesamten Volkes zu dienen entschlossen sind. Sie tritt in voller Uebereinstimmung mit der Zentrumspartei für eine Politik ein, die dem deutschen Volke innere und äußere Freiheit, Zukunftsentwicklung und Weltgeltung schafft und sichert. Die Zentrumsfraktion wird sich auch fernerhin mit aller Kraft Bestrebungen widersetzen, die Staat und Verwaltung einer einseitigen Parteidiktatur ausliefern wollen und damit Ruhe und Ordnung und eine förderliche Reichspolitik gefährden würden.

Der Vorstand der Preussischen Zentrumspartei.
Männig, stellv. Vorsitzender.

von Insekten oder
schadhafte Stellen,
bracht werden und
verursachen. Beson-
auf die allgemeine
den. Alle Befall-
olz auszuscheiden
Teer zu bestrei-
nden an dünnere
als der Befallstelle
e man ein Stück
st, da der Pilz im
iter vorgebrungen
nnbar ist.

fangen werden. Die
erbichte Wände und
zweckmäßigerweise
er gepumpt wer-
Ammoniak zu ver-
schließen. Daß das
begrabe laufen darf,

er Ueberdruck im An-
sch über der Flüssig-
um bildet. Luft kann
reten, muß also die
drücken, um in das
Art wird der Druck
gleichmäßige Austritt
leicht.

verteilter am Tag, sind
en, um eine gleich-
zu erreichen.

Konfektion,

ie 44
haben sind.

imann

Möbel

HENSELER

in, Zulpicher Str. 40
Augusta-Hospital. Nähe
Luxemburger Str.
Bitte achten Sie auf
ausnummer 40

Es gibt nur eins
er große Verkauf der
ten Tage ist der beste
eweis des Vertrauens
zu unserem Hause.
Qualitätsmöbel
Ausergewöhnlich
ünstiges Angebot.

Elegantes
Schlafzimmer

Ausstellungsstück
stehend aus Schrank,
Bettkommode, 2 Nach-
tischchen mit Glasplatte
in und Büchermische, 2
Seiten, 2 Stuhlmatrassen,
Schonerdecken, 2 Stühlen
gepolstert Mk. 380.—
Kühe, Weißt. Vorhänge,
Kissen, 2 Stühle
a. Boudoir Mk. 165.—
Einzel Möbel.

Setten Mk. 14.—, Schrank
Mk. 45.—, Nachtkommode
u.

Speisezimmer
Sofas u. Chaiselongues
42 und 28 Wirt.
Lieferung m. eigenem
Auto kostenlos nach
jedem Ort.
Teilszahlung gestattet
ohne Wechsel.
Lagerung frei.

Ein freundl. möbl.
Wohn- u. Schlafzimm.
möglich zu vermieten.
zu erf. i. d. Geschft. 694.

Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle im Freistaate Preußen im Jahre 1931

Außerordentlicher Rückgang der Eheschließungen und Geburten — Leichte Zunahme der Sterbefälle in den höheren Altersklassen — Geburtenüberschuß geringer als im Grippejahr 1929

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst an Hand der „Statistischen Korrespondenz“ mitteilt, ist die außerordentliche Zuspitzung unserer wirtschaftlichen und politischen Lage in den letzten Jahren auch auf die Bevölkerungsbewegung 1931 von stärkstem Einfluß gewesen. Die Eheschließungen und Geburten sind in einem bisher kaum beobachteten Maße zurückgegangen, während andererseits die Sterbefälle unter der Einwirkung einer erneuten (wenn auch verhältnismäßig leichten) Grippeepidemie wieder etwas angewachsen sind. Die Folge dieser Entwicklung war eine Verringerung des an sich schon schwachen Geburtenüberschusses um mehr als ein Viertel des Vorjahres.

Die Zahl der Eheschließungen betrug 1931 im gesamten preussischen Staate nur noch 324 880 (= 8,2 auf 1000 Einwohner) gegenüber 350 347 (= 8,9 v. T.) im Jahre 1930. Dieser Rückgang um 7,3% ist umso bemerkenswerter, als ja die Zahl der Eheschließungen bereits 1930 beträchtlich geringer gewesen ist als in den beiden vorangegangenen Jahren, in denen (1929) 362 017 und (1928) 365 221 Ehen (= jeweils 9,3 v. T.) geschlossen wurden. Bezieht man die Zahl der Eheschließungen auf die unverheirateten Männer im Alter von 21 und mehr Jahren, so zeigt sich, daß der Eheschließungsrückgang 1931 noch viel größer gewesen ist, als er der absoluten Zahl nach erscheint. Es ergeben sich nämlich dann für die letzten acht Kalenderjahre folgende besondere Eheschließungsziffern:

1924: 87,4 v. T. 1928: 101,8 v. T.
1925: 91,4 v. T. 1929: 100,4 v. T.
1926: 89,4 v. T. 1930: 94,8 v. T.
1927: 85,9 v. T. 1931: 85,4 v. T.

Die Eheschließungsziffer der Männer blieb also 1931 noch erheblich hinter der des Jahres 1924 zurück, in dem die Zahl der Eheschließungen nach der gewaltigen Eheschließungshochzeit im Jahresfünft 1919 bis 1923 ihren ersten Tiefpunkt nach dem Kriege erreichte; sie ist somit die niedrigste der gesamten Nachkriegszeit gewesen. Die bisher vorliegenden Ergebnisse für 1932 lassen leider erkennen, daß sich der Rückgang der Eheschließungen in diesem Jahre voraussichtlich noch weiter verschärfen wird.

Auch der Rückgang der Geburtenzahl ist von 1930 auf 1931 wesentlich größer gewesen als in den Vorjahren. Die Gesamtzahl der Geborenen (einschließlich der Totgeborenen) belief sich im Berichtsjahr nur auf 655 180, während 1930 noch 713 322, 1929 725 299 und 1928 749 499 Kinder zur Welt kamen. Auf 1000 der mittleren Bevölkerung entfielen diesmal nur 16,5 Geburten gegenüber 18,0, 18,5 und 19,2 in den drei vorangegangenen Jahren. Vergleicht man die Geburtenziffer von 1931 mit der aus der letzten Zeit vor dem Kriege — 1913 kamen auf dem jetzigen preussischen Staatsgebiet 28,1 Geburten auf 1000 Einwohner —, so ergibt sich eine Abnahme um mehr als 40%. In Wirklichkeit ist aber der Geburtenrückgang noch viel größer gewesen, da die

Zahl der gebärfähigen Frauen, insbesondere die der jungverheirateten Frauen, bisher ebenfalls von Jahr zu Jahr gewachsen ist. Bringt man die Zahl der Geburten in Beziehung zu der Zahl der weiblichen Personen zwischen 16 und 45 Jahren, so erhält man folgende allgemeine Fruchtbarkeitsziffern:

1911: 136,4 v. T. (altes Staatsgebiet, jedoch ohne Posen und Westpreußen)
1928: 77,2 v. T.
1929: 73,7 v. T.
1930: 71,9 v. T.
1931: 65,5 v. T.

Tatsächlich ist demnach die Geburtenhäufigkeit, berechnet auf 1000 weibliche Personen im gebärfähigen Alter, im Jahre 1931 nicht einmal mehr halb so groß gewesen wie in den Jahren kurz vor dem Weltkrieg. Es ist anzunehmen, daß entsprechend der besonderen Verschlimmerung unserer Lage seit Juli 1931 so wie infolge des erheblichen Absinkens der Eheschließungen die starke Geburtenminderung auch weiterhin anhalten wird; dies zeigen bereits die zur Zeit bekannten Geburtenzahlen aus den ersten Monaten des laufenden Jahres, die noch tief unter denen von 1931 liegen.

Der starke Geburtenrückgang stand für 1931 ein leichtes Wiederanstreigen der Sterblichkeit gegenüber. Mit Einschluß der Totgeborenen starben diesmal in Preußen 461 385 Personen (= 11,6 auf 1000 Einwohner) gegenüber 454 516 (= 11,5 v. T. im Jahre 1930). Diese Zunahme ist im wesentlichen auf das erneute Auftreten der Grippe im ersten Viertel des Berichtsjahres zurückzuführen. Die Steigerung der Sterblichkeit von 1930 zu 1931 blieb dabei allein auf die älteren Personen beschränkt, während die mittleren und jüngeren — im Gegensatz zum Grippejahr 1929 — eine zum Teil sogar wesentlich geringere Sterblichkeit hatten.

Leider hat die Grippe 1931 die in fast allen Jahren der Nachkriegszeit beobachtete starke Abnahme der Säuglingssterblichkeit etwas aufgehoben. Zwar ist die Zahl der Todesfälle im ersten Lebensjahr 1931 mit 53 159 absolut bedeutend niedriger gewesen als im Jahre 1930, in dem noch 58 312 Säuglinge durch den Tod fortgerafft wurden, doch steht diesem Rückgang gleichzeitig eine starke Geburtenabnahme gegenüber; auf 100 Lebendgeborene kamen auch 1931 wieder wie im Vorjahre rund 8,4 Sterbefälle von Kindern unter einem Jahr.

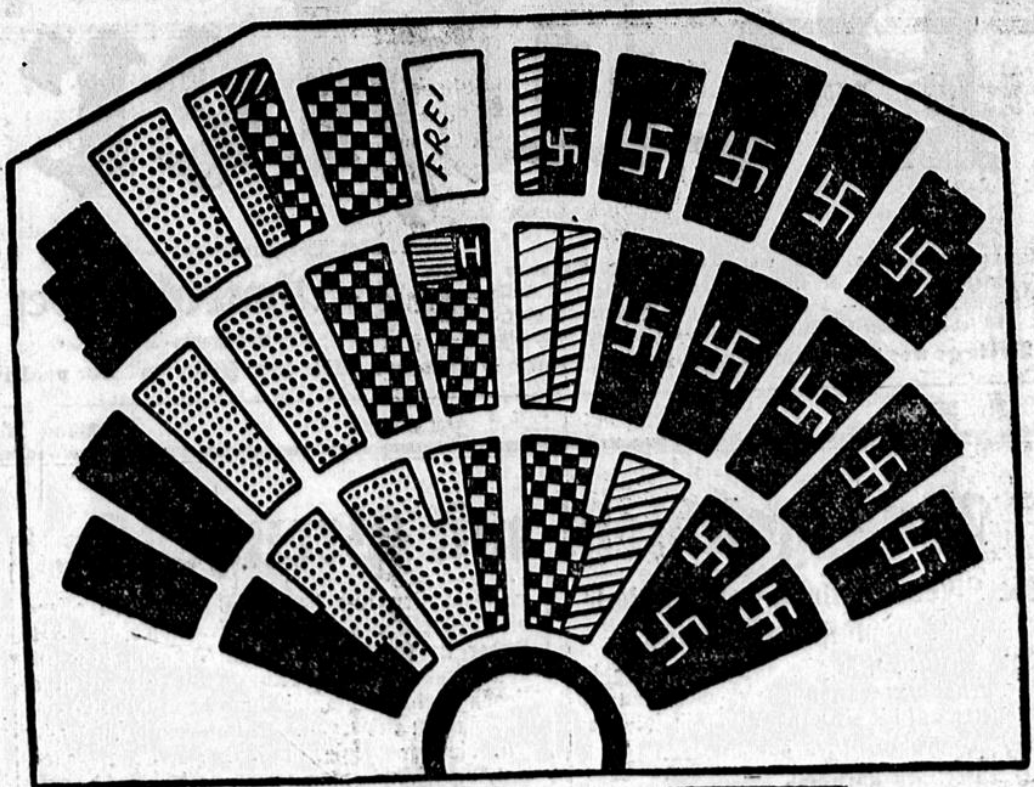
Die starke Abnahme der Geburtenzahl einerseits und die Zunahme der Sterblichkeit andererseits hat den Geburtenüberschuß 1931 ganz außerordentlich herabgedrückt; mit 193 795 Köpfen (= 4,9 auf 1000 Einwohner) blieb er nicht nur um 25% hinter dem Geburtenüberschuß von 1930 (258 806 = 6,5 v. T. zurück, sondern sank sogar noch unter den des Grippejahres 1929, in dem die Geburten und Sterbefälle noch um 207 954 (= 5,3%) überwogen.

Die Zukunft der Wohnungswirtschaft

Der durch seinen Vorschlag zur Mobilisierung der Hauszinssteuer-Hypotheken bekannte Redakteur Helmut Richardi-Berlin hielt vor Hausbesitzern einen Vortrag. Wegen des großen Allgemeininteresses geben wir seine Ausführungen zum Teil hier wieder.

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise habe im Berliner Diktat und den Deutschland auferlegten Tributen ihre Ursache. Die Leistungen Deutschlands an die Siegerstaaten und die sonstigen Kapitalverrichtungen (ohne Gebietsverluste) betrugen schon jetzt mehr als die Hälfte des deutschen Volkvermögens, das Heilserisch vor dem Kriege auf 310 Milliarden Mark schätzte. Bis zum Ausbruch der Kreditkrise im Juli vergangenen Jahres seien nicht weniger als 67,6 Milliarden Mark in Tributen gezahlt worden. Das Ausland habe sich gegenüber der Einfuhr deutscher Erzeugnisse geradezu hermetisch abgeschlossen. Die Zollgrenze, die vor dem Kriege etwa 8000 Kilometer lang gewesen sei, betrage jetzt nicht weniger als etwa 20 000 Kilometer. Die Handelsbilanz sei jedoch aktiv, da Deutschland auch die Einfuhr vermindert habe. Das Auslandskapital, das der Wirtschaft bis 1929 einen konjunkturellen Auftrieb gab, verlange eine jährliche Leistung von 600 bis 800 Millionen Mark an Tilgung und Verzinsung. Die deutsche Krise hätte nicht so gewaltige Ausmaße angenommen, wenn man den deutschen Grundbesitz, das Fundament, auf dem die deutsche Wirtschaft sich aufbaut und das sie stützt, in der Nachkriegszeit pfleglich behandelt und ihn nicht zahlreichen Zwangseingriffen und planwirtschaftlichen Experimenten ausgesetzt hätte. Im Wohnungsneubau hätten ungeheure Fehlinvestitionen stattgefunden. Seit der Stabilisierung der Mark seien nicht weniger als 18 Milliarden Mark, davon etwa 5 Milliarden im Wohnungsneubau angelegt worden. Die

Leberproduktion an Wohnraum und insbesondere auch die steuerliche Überlastung des Hausbesitzes seien die Ursache der katastrophalen Lage am Vermietungs- und Grundstücksmarkt. Durch das außerordentliche Kündigungsrecht für langfristige Mietverträge, das einen gerechten Ausgleich der Interessen von Mieter und Vermieter völlig vermissen lasse, sei die Lage für den Hausbesitz noch trostloser geworden. Auch die Not der Bauwirtschaft sei in der verfehlten Wohnungspolitik der Nachkriegszeit begründet. Die Bauwirtschaft sei durch die zahlreichen Eingriffe auf dem Gebiet der Wohnungsbauwirtschaft ihrer wirtschaftlichen Funktionsfähigkeit, in Zeiten niedrigerer Allgemeinconjunktur ausgleichend bezogen, neu belebend zu wirken, beraubt worden. In diesem Jahre sei mit einem weiteren scharfen Rückgang der baugewerblichen Produktion und zwar von vier Milliarden Mark im Jahre 1931 auf zwei Milliarden Mark zu rechnen. Dadurch würden wieder Hunderttausende von Bauarbeitern und Bauhilfsarbeitern freigesetzt. Eine Möglichkeit, für das Baugewerbe und insbesondere für das Bauhandwerk Arbeit zu beschaffen, biete die Wiederinstandsetzung des befallenen Wohnraums, für die jedoch die Bereitstellung niedrig verzinslichen Kapitals die Voraussetzung sei. Größte Sorge bereite die künftige Versorgung des Hausbesitzes und der Bauwirtschaft mit Kredit. Da die Bereitstellung des nachstelligen Realcredits für den Wohnungsbau aus Steuermitteln künftighin nicht mehr erfolgen werde, bedürfe das Problem der zweiten Hypothek dringend einer zweckmäßigen Lösung. Auf die Hilfe des Staates könne dabei nicht verzichtet werden. Der Staat habe auch, nachdem er länger als ein Jahrzehnt hindurch die Wohnungsproduktion maßgebend beeinflusst, die Pflicht, die Voraussetzungen zu schaffen, auf Grund deren sich die private Initiative wieder entwickeln kann. Für die laufende Beschaffung des nachstelligen Hypothekendarlehens für Hausbesitz und Bauwirt-



K.A.D. S.P.D. ZENTRUM
D.V.P. ST.-P. CHR. SOZ.
N.S.D.A.P. D.N.V.P. HANNOV.

Die Platzverteilung im neuen Preussischen Landtag

Unser Schema zeigt das Platzverhältnis der Parteien im neu gewählten Preussischen Landtag. Da im neuen Landtag nur noch 422 Abgeordnete gegenüber 449 im alten Landtag sitzen, bleiben einige Sitze — bei uns durch das weiße Feld in der obersten Reihe gekennzeichnet — frei.

Das Neueste in Kürze

— Reichstanzler Brüning traf in der Nacht zum Montag wieder in Genf ein. Er beabsichtigt, gegen Ende der Woche nach Berlin zurückzukehren.

— Reichsminister Gröner wird heute dem Reichspräsidenten über die Prüfung des Reichsbannermaterials Vortrag halten.

— Das preussische Kabinett wird heute zusammentreten, um sich mit dem Ergebnis der Präfekturwahlen zu beschäftigen.

— In einer Erklärung in den parteiamtlichen Mitteilungen der Deutschnationalen wird die sofortige Auflösung des alten Landtages, und die Ausschreibung von Neuwahlen auch für den Reichstag gefordert.

— Die Nationalsozialistische Partei Anhalts hat sich bereit erklärt, eine Koalition mit den Bürgerlichen zu bilden.

— In Tübingen fand am Montag die feierliche Ueberreichung des Diploms für die Ehrenpromotion des amerikanischen Vizekonsuls Sadett zum Doktor der Staatswissenschaft statt. — Reichstanzler Brüning hat dem neuen Ehrendoktor ein Glückwunschtelegramm geschickt.

— Das Präsidium der Abrüstungskonferenz hat beschlossen, die weiteren Verhandlungen des Hauptauschusses auf acht bis zehn Tage auszuweichen.

— Die amtliche Einladung zur Lausanner Reparationskonferenz wird in aller nächster Zeit von der englischen Regierung aus an die beteiligten Mächte gerichtet werden.

Reichs-Seefischwoche 24 bis 30. April

Zur Reichs-Seefischwoche veröffentlicht der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft folgende Worte:

„Fischerei in Not!“ lautet der Ruf von der deutschen Nord- und Ostküste. Die reichen Seefischlandungen unserer deutschen Fischereifahrzeuge finden ungenügenden Absatz. Der Fischer kann mit dem erzielten Erlös kaum die Selbstkosten decken. Es besteht Gefahr, daß die Betriebe nicht mehr voll ausrecherhalten werden können. Das bedeutet Sorge und Arbeitslosigkeit für Tausende. Die deutsche Seefischerei ist ein wichtiger Zweig im deutschen Wirtschaftsleben. Mit den Seefischen aus deutschen Häfen und den Erzeugnissen aus der deutschen Fischindustrie kann der deutsche Lebensmittelmarkt in weit höherem Maße als bisher beliefert werden; gewaltige Summen für die Lebensmittelfuhr können noch eingespart werden. Jeder Deutsche sollte daher nach Kräften bemüht bleiben, durch reichlichen Verzehr dieses hochwertigen und belohnlichen Nahrungsmittels der deutschen Seefischerei in ihrer jetzigen Notlage zu helfen und einen rein deutschen Wirtschaftszweig zu stützen. gez. Schiele, Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft.

Rom 8. B.

Der Kartellverband der katholischen Studentenvereine Deutschlands wird seine diesjährige Vertreterversammlung und seinen Philistertag in den Tagen vom 13. bis 16. Mai in Würzburg abhalten. Die für Ende Juli 1931 geplante Tagung mußte mit Rücksicht auf die Zeitverhältnisse verschoben werden. Die jetzige wird ohne alle repräsentative Veranstaltungen stattfinden. Für die innere Entwicklung des K.B. ist in den beiden letzten Jahren die starke Betonung der religiösen und weltanschaulichen Arbeit bezeichnend geworden. So haben seit der letzten Vertreter-Versammlung von den 106 Kartellvereinen 68 geschlossene Tagungen abgehalten, von denen 58 religiös-weltanschauliche

Der 1. Mai ist Schulfesttag!

„Alles, was die Gläubigen in der Forderung und dem Schutze der katholischen Schule für ihre Kinder tun, ist ausgesprochen religiöse Tätigkeit. Daher sind alle jene Sonderorganisationen, die in den einzelnen Nationen mit großem Eifer einem so notwendigen Werte obliegen, unserem väterlichen Herzen besonders teuer und hohen Lobes würdig.“ (Papst Pius XI.)

Katholiken, unterstützt auch mit Eurem Opfer am Schulfesttag die Kath. Schulkommunion Deutschlands.

Sicherung des Geldverkehrs Täglich eine Milliarde Mark zur freien Verfügung!

Eine außerordentlich wichtige Maßnahme zur Sicherung des Geldverkehrs ist gegenwärtig in Vorbereitung. Es handelt sich um nichts geringeres, als

um die Bereitstellung einer großen und zwar mindestens eine Milliarde Mark ausmachen, die täglich greifbar und zur vollen freien Verfügung steht.

Diese Maßnahme stellt das Ergebnis der trüben Erfahrungen dar, die im Sommer und Herbst 1931 aus Anlaß der Bankenkrisis gemacht worden waren. Damals hatte die Schließung der Bankkassen auch die Folge, daß die Sparkassen eine zeitlang schließen oder doch den Auszahlungsverkehr auf das stärkste einschränken mußten. Um es nun nicht wieder zu solchen Folgen kommen zu lassen, um vor allem den Sparern die Möglichkeit und die unbedingte Sicherheit zu geben, über ihre Ersparnisse, über Gelder also, die für unbedingten Bedarf und auch für Notzwecke herangezogen werden, verfügen zu können,

soll nun bei der Reichsbank jeweils 10 Prozent der eingezahlten Spargelder zur vollen freien Verfügung bereitgehalten werden.

Da augenblicklich in den deutschen Sparkassen rund 10 Milliarden Mark Spargelder aufgehäuft sind, würde ein Sammelfonds in Höhe von 10 Prozent die Summe von einer Milliarde ausmachen. Diese Gelder würden bei der Reichsbank so bereitgestellt, daß sie ohne weiteres flüssig gehalten, bezw. flüssig gemacht werden könnten.

Eine derartige Maßnahme hat aber auch noch einen volkswirtschaftlich ganz außerordentlich bedeutsamen Zweck. Diese Gelder würden nämlich auf Grund erstklassiger einwandfrei gesicherter Wechsel für die Wirtschaft mobilisiert werden. Dabei sollen die volkswirtschaftlichen Interessen in den einzelnen Ländern nach der wirtschaftlichen Bedeutung dieser Länder, wobei die Gebietsgröße nicht absolut ausschlaggebend zu sein braucht, genau berücksichtigt werden. Darum wird auch dieser Sammelfonds von einer Milliarde Mark nicht zentral eingelagert und verwaltet, sondern er wird durch die örtlichen Reichsbankstellen fließen, bezw. dort zur Verfügung gehalten. Nur ein Betrag von etwa 500 Millionen Mark soll für alle Fälle als Reserve in zentraler Verwaltung bei der Reichsbank direkt zur Verfügung gehalten werden.

Diese Regelung würde eine Verstärkung der Sicherheit des Geldverkehrs, aber auch der Sicherheit, Beweglichkeit und Verfügungsfreiheit der Spareinlagen bedeuten, und zweifellos auch dazu ansetzen, das Vertrauen des Publikums zu den Sparkassen, wie überhaupt zu den Banken, zumal nach der gründlichen Reinigung, die diese durchmachen mußten, weiter zu fördern und zu stärken.

Was darf zugegeben werden?

Am 10. Juni tritt das neue Gesetz in Kraft.

Verboden ist die Zugabe einer Ware oder einer Beilage, die in einem Zusammenhang steht mit der Hauptware oder Leistung. Es ist also nicht verboten, seinen Kunden zu Weihnachten einen Kalender oder zur Silberrnen Hochzeit ein Geschenk zu machen. Es ist auch nicht verboten, die kleinen Kleinen der Kundschaft zur Schokolade einzuladen oder ihnen zum Geburtstag Spielsachen zu verschenken. Das sind alles Dinge, die in keinem Zusammenhang zur verkauften Hauptware stehen. Auch können die Konfektionsgeschäfte, wenn es ihnen gerade paßt, nach wie vor ihre Kundinnen zu einer Tasse Kaffee einladen.

Darüber hinaus gibt es aber auch noch direktere Zugaben, die gestattet sind. Und da hängt die Sache an, ziemlich schwierig zu werden. Zum Beispiel dürfen die Geschäfte nach wie vor Bar-Rabatte gewähren, an Stelle der bis dahin gegebenen Zugaben. Diese Rabatte müssen mindestens so groß sein, wie der Einstandspreis der Zugabe hoch ist. Dinge von ganz geringem Wert, also Budeverpackungen für die Kinder usw., dürfen beigegeben werden. An und für sich ist nach wie vor jeder Bar-Rabatt gestattet, also bei Einkauf von 4 Pfund Kaffee 1/2 Pfund Kaffee der gleichen Marke und Güte. Aber auch in diesen Fällen kann anstatt der Ware der Kunde Bargeld verlangen. Es ist aber z. B. nicht gestattet, dem Kunden den Fahrschein ins Geschäft des Verkäufers zu vergüten, wenn dies vom Kauf eines Warenstückes abhängig gemacht wird, denn hier kann von einem Geldrabatt nicht die Rede sein. Die kleinen Sticker, die Zigarettenfabriken beipacken, sind gestattet. Denn erstens stehen sie in keinem unmittelbaren Zusammenhang mit der verkauften Ware. Restklammergegenstände dürfen ohne weiteres zugegeben werden. Der Kunde 12 Paar Strümpfe verschiedener Güte, so kann ihm auch ein Paar Strümpfe im Durchschnittswert der bezogenen Ware zugegeben werden. Aber es ist nicht erlaubt diese Zugabe als „umsonst“ gewährt anzukündigen.

Es wird nicht ganz leicht für die Geschäftsleute sein, sich durch all diese feinen Unterschiede hin-

durchzufinden. Am 10. Juni tritt das neue Gesetz in Kraft. Und auch dann gibt es noch einen recht kleinen Trost für die Käufer und Käuferinnen. Es bleiben nämlich alle Ansprüche aus Zugabegegenständen, die vor dem Inkrafttreten des Gesetzes eingeleitet wurden, in Kraft.

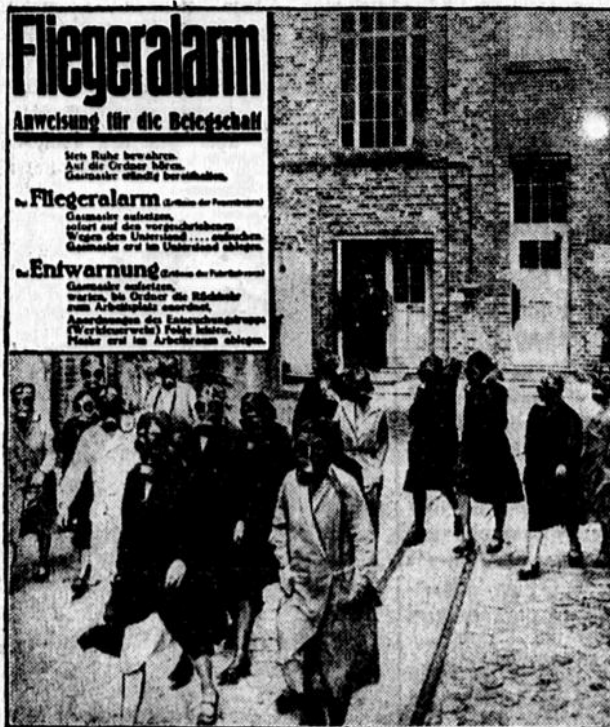
Zweckmäßig verbrachter Urlaub!

Urlaub ist nicht nur Freisein von Arbeit und Pflicht. Nicht nur eine Gelegenheit, irgendeine Reise zu machen, eine schöne Gegend kennen zu lernen. Urlaub ist mehr. Er ist eine besonders

wichtige Zeit und zwar unter dem Gesichtswinkel „Erhaltung und Stärkung der Arbeitskraft“. Für viele gesundheitlich gefährdete oder geschwächte Berufsmenschen ist Urlaub gleich Erhaltung der Arbeitsfähigkeit und damit des Arbeitsplatzes.

Und je stärker das Berufsleben den Menschen anspannt, je wichtiger ist die Urlaubszeit — aber auch ihre sinnvolle Anwendung. Ob eine Kur durch heilkräftige Bäder oder welche Art von Luftveränderung für den überanstrengten oder geschwächten Körper die zweckmäßigste Urlaubsanwendung ist, das kann man bei seinem Arzt erfahren. Sich beraten lassen und dem guten Rats folgen, das

bewahrt vor trüben Erfahrungen und vor schlimmen Selbstvorwürfen. Aber auch der an sich gesunde Berufsmensch sieht heute mehr als je auf einen zweckmäßig verbrachten Urlaub, zumal auch die Kostenfrage eine bedeutende Rolle spielt. Wohl dem, der auch hierbei gut beraten wird. Für weibliche Angestellte einen zweckmäßigen Urlaubsaufenthalt zu besorgen, ist seit langem eine bedeutende Aufgabe des Verbandes der weiblichen Handels- und Büroangestellten. Seine Erholungsheimen sind: Bad Salzbrunn, Holzhausen/Erzgebirge, „Uns Süßing“ in Stammen/Lauenbrück (Sachsen) und Zernsdorf bei Berlin.



Wie sich Deutschland gegen Gasangriffe zu schützen versucht

Auf Anregung des Reichsverbandes der deutschen Industrie und des Reichsinnenministeriums haben große deutsche Fabriken Schutzmaßnahmen gegen eventuelle Gasangriffe im Kriegsjahre ein-

gerichtet. Man hat Fliegeralarm eingerichtet, und große Plakate in der Fabrik verhängt, wie man sich im Falle eines Angriffes zu verhalten hat (im Auschnitt). Das große Bild zeigt die Arbeiterinnen einer Fabrik bei einem Fliegeralarm: Sie haben sich Gasmasken aufgesetzt und begeben sich in die gasdichten Unterstände.



Tröbels Werk lebt fort

In Erinnerung an den großen deutschen Pädagogen Heinrich Tröbel, dessen 150. Geburtstag jetzt gefeiert wurde, ist es interessant, einen Blick in ein modernes Tröbel-Institut zu werfen, in dem die Erziehung der Kleinen im Geiste des Namensgebers durchgeführt wird: kleine Mädchen lernen früh die Hauswirtschaft.

Die Hausreparaturen und ihre Finanzierung

Zum Zwecke der Arbeitsbeschaffung und damit als ein Mittel zur Milderung der Arbeitslosenkrise ist von Seiten des Reichsarbeitsministeriums die Inangriffnahme der Hausreparaturen vorgeschlagen worden. — Der Reichsarbeitsminister hat nunmehr an die Länderregierungen ein Rundschreiben ergehen lassen, das sich insbesondere mit der Finanzierung dieser Hausreparaturen beschäftigt. Sie soll auf dem Wege der Wechselhingabe versucht werden, was freilich keine ideale Lösung, aber doch immerhin als ein Ausweg zur Überwindung der stärksten Schwierigkeiten angesehen werden kann. Die Reichsregierung würde diesen Vorschlag bestimmt nicht machen, wenn er nicht im Einklang mit der Reichsbank erfolgt, die ihrerseits bereit sein muß, die zur Finanzierung solcher Zwecke begebenen Wechsel, die sogenannten Reparaturwechsel, auch wieder zu diskontieren.

In dem schon erwähnten Rundschreiben des Reichsarbeitsministers an die Länderregierungen wird darauf hingewiesen, daß die Instandsetzung von Wohnungen deshalb an besonderer Bedeutung gewinnt, weil der Neubautätigkeit in diesem Jahre erhebliche Schwierigkeiten entgegenstehen. Durch Instandsetzung können Wohnungen noch bewohnbar erhalten werden, die sonst verfallen würden. Eine solche in größerem Umfang durchgeführte Instandsetzung ist unter dem Gesichtswinkel der Arbeitsbeschaffung geeignet, die Arbeitslosigkeit zu mildern. In dem Rundschreiben heißt es dann weiter:

„Von nahezu sämtlichen Ländern sind bisher Mittel der Hauszinssteuer auch unmittelbar für Instandsetzungsarbeiten zur Verfügung gestellt worden. Ich würde es begrüßen, wenn es auch in diesem Jahre möglich wäre, aus den Hauszinssteuermitteln einen Teilbetrag für diesen Zweck abzugewinnen.“

Hierbei betone ich, daß es sich lediglich um die Durchführung großer Instandsetzungsarbeiten im Sinne des Paragraph 5 des Reichsmietengesetzes handeln kann, und zwar insbesondere in den Fällen, in denen ohne die Instandsetzung zu befürchten ist, daß die Wohnungen in absehbarer Zeit unbenutzbar werden. Die Herabgabe öffentlicher Mittel wird im Einzelfalle auch nur in Frage kommen, wenn der Hauseigentümer nicht in der Lage ist, aus den Mieten oder sonstigen Mitteln die Kosten zu decken.

Darüber hinaus erscheint es mir erforderlich, dem Hauseigentümer einen Anreiz zur Vornahme größerer Instandsetzungsarbeiten zu geben. Dies kann dadurch geschehen, daß dem Haus-

besitz die Verzinsung und Tilgung von Darlehen, die er zum Zwecke der Instandsetzung aufgenommen hat, durch einen völligen oder teilweisen Erlass der Hauszinssteuer erleichtert wird. Eine Regelung ist zum Teil bereits in den Ländern getroffen. Sie hat sich, soweit mir bekannt, durchaus günstig ausgewirkt. Ich bitte daher zu prüfen, ob eine derartige Regelung eingeführt oder, soweit sie bereits besteht, erweitert werden kann, um einen stärkeren Anreiz zur Ausführung von Instandsetzungsarbeiten zu schaffen.

Allerdings darf nicht übersehen werden, daß die eben dargelegte Maßnahme sich nur insoweit auswirken kann, als dem Hauseigentümer die Ausbringung der für die Reparatur erforderlichen Geldmittel möglich ist. Man wird davon ausgehen können, daß die Bauunternehmer und Bauhandwerker im allgemeinen zu großem Entgegenkommen bei der Bemessung der Zahlungsziele bereit sein werden.

In vielen Fällen wird ferner dem Hauseigentümer die Mittelbeschaffung durch seine Bankverbindung ohne allzugroße Schwierigkeiten möglich sein. Es erscheint mir aber weiterhin erforderlich, alle Möglichkeiten auszunutzen, die die Finanzierung der Reparatur auftrage auf Wechselgrundlage bietet.

Die verhältnismäßig kurze Zeit, in der die Reparaturkosten aus dem Mietaufkommen abgedeckt werden können, läßt die Wechselfinanzierung wirtschaftlich tragbar erscheinen. Soweit sich aus der Instandsetzung der Häuser Aufträge zur Lieferung von Baustoffen, Ausstattungsgegenständen und dergleichen ergeben, sind entsprechende Wechsel bei Vorliegen der allgemeinen Voraussetzungen reichsbankfähig und werden, wie aus neueren Erklärungen der Reichsbank hervorgeht, von dieser auch gern heringenommen. Wenn die aus der Instandsetzung von Wohnungen hervorgegangenen Wechsel sich in ihrem Charakter dem Lohn- u. Leistungsverwechsel nähern, sind sie der Reichsbank allerdings weniger erwünscht.

Trotz dieses grundsätzlichen Standpunktes der Reichsbank kann aber wohl damit gerechnet werden, daß auch ein erheblicher Teil der zuletzt genannten Wechsel bei der Reichsbank unterkommen finden wird, insbesondere, wenn dieser Wechsel mit kürzerer Laufzeit zur Reichsbank gelangen oder einem weiteren Zahlungsumschlag gebiet haben.

Das Verfahren wäre in der Weise durchzuführen, daß die Wechsel von den ausführenden Bauunternehmern oder Handwerkern auf den Eigentümer ausgestellt, sodann — notfalls gegen dingliche Sicherung — von Hauseigentümern, Mittelstandsbanken, der Deutschen

Bau- und Bodenbank AG, oder ähnlichen Finanzierungsinstituten giriert und schließlich der Reichsbank eingereicht werden. Diese prüft in jedem Falle, ob der Wechsel nach der Bonität der Unterzeichneten, nach dem Objekt und der Art des Reparaturauftrages und den übrigen allgemeinen Voraussetzungen zur Diskontierung geeignet ist. Freilich wird die Diskontierung der Reparaturwechsel durch die Reichsbank nur in den Fällen in Frage kommen, in denen die Abdeckung der Reparaturkosten nach den ganzen Verhältnissen, insbesondere nach den Mieteinkünften, in nicht zu langer Frist mit Sicherheit zu erwarten ist.

Auf dem dargelegten Wege dürfte es möglich sein, in nicht unerheblichem Umfang Instandsetzungsarbeiten zu finanzieren. Ich bitte daher die Hausbesitzerorganisationen auf die eben geschilderte Möglichkeit hinzuweisen.

Schließlich mache ich noch darauf aufmerksam, daß Paragraph 6 des Reichsmietengesetzes die Möglichkeit gibt, die Ausführung notwendiger laufender Instandsetzungsarbeiten im Einzelfalle durch behördliche Maßnahmen zu sichern. In einer Reihe von Ländern sehen besondere landesrechtliche Vorschriften ähnliche, zum Teil noch weitergehende Möglichkeiten vor. Ich darf anregen, die in Betracht kommenden Stellen auf die Bedeutung hinzuweisen, welche die Ausführung von Instandsetzungsarbeiten im gegenwärtigen Zeitpunkt besitzt und darauf hinzuwirken, daß von den bestehenden Möglichkeiten, soweit erforderlich, Gebrauch gemacht wird.“

Die diesjährige Volkswallfahrt nach Lourdes

beginnt bereits am 3. Mai. Schwerkranken und Hilfsbedürftigen können sich an dieser Wallfahrt nicht beteiligen, da eigene Krankenträger nicht mitgenommen werden können. Abfahrtsplatz für Norddeutsche Pilger Köln und Aachen. Der Preis beträgt einfl. Verpflegung und Fahrt ab Aachen RM. 128.—. Die geistliche Leitung hat Pater Nolte, O.F.M. Fulda, Kloster Frauenberg, übernommen, wohin Anfragen und Anmeldungen umgehend zu richten sind. Auch der 1. Vorsitzende der Wallfahrtsvereinigung, Wilhelm Michel, Frankfurt am Main, Sommeringstr. 32 nimmt Anmeldungen entgegen.



Schnelle Hilfe
bringt Penaten-Creme bei den Frühjahrs-Erscheinungen: Hautjucken, Hautrötchen, Pickel
In Apoth. u. Droger. N.N. 30. 54. 1.08

Der praktische Landwirt

Illustrierter Ratgeber
für
Gartenbau u. Kleintierzucht
Land- und Hauswirtschaft



Das finnische Silberv Verfahren.

(Nachdruck verboten.)

Die bisherige Kaltgärung. Mit der Haltbarmachung von gefädeltem Mais und Sonnenblumen haben wir bereits gute Erfahrungen hinter uns. Sie erfolgt im gemauerten Gruben, die man meist im Selbstbau herstellen kann. Binnen 6-8 Wochen ist hier ein Sauerfutter fertig, das nötigenfalls 1-2 Jahre lang als Reserve dienen kann. Die Behörden erkennen die Wichtigkeit der Sache voll an, indem der Reichsfinanzminister für ganze 10 Jahre gesichert ist. Die Bedingungen sind günstiger geworden: Bei 4 Prozent Jahreszinsen kann die Rückzahlung länger als fünf Jahre ausgesetzt werden. Ein Drittel (d. h. 15 Mk. je Kubikmeter) wird vornweg ausbezahlt.

*

Kartoffel-Einsäuerung.

Auch hierfür sind staatliche Beihilfen ausgesetzt. Für Preußen betragen sie 350 000 Mk. Man hat dadurch bis in den Sommer hinein ein einwandfreies Schweinefutter, das durch Mietenkauf und Reimverluste nicht weniger werden kann und man spart außerdem das tägliche Dämpfen. Dieses wird am Anfang auf einmal durchgeführt. Dadurch verschwindet bereits im Herbst ein großer Teil der Kartoffelernte vom Markt und kann den Preis somit nicht mehr drücken.

*

Vergärung mit Säure. Eine deutsche Studienkommission wollte vor reichlich Jahresfrist in Finnland, um Unterlagen für die Vergärung hochweisslicher Pflanzen unter Zusatz von Säure und Zucker zu erhalten. Die dortigen Behälter bestanden aus starkem Eisen- oder Eisenblech, sind ohne Boden, das Futter kommt ungegährt hinein, jede 25 Zentimeter starke Schicht wird mit einer Säure begossen. Das Verfahren wird dadurch sehr sicher; die Pflanzen kommen beinahe grün wieder heraus. In Finnland gibt es schon 12 000 derartiger Anlagen; der Futterpreis konnte durch dieses wohlfeile Futter um 60 Pfg. je Kilogramm gesenkt werden! dipl.-ing.

Erfolg für die Zuckerrübe.

(Nachdruck verboten.)

Unser Zuckerrübenbau, einst der größte und bedeutendste der Welt, liegt vollkommen darnieder. Durch die neue Verbrauchsabgabe ist der Rübenzucker von einem Lebensmittel zum Genussmittel geworden. (So sprach Dekonomierat R. bei der Eröffnung der Kammer Niederösterreichs.) Was Wunder, daß der Landwirt sich nach Ersatz umsehen muß.

Die Futterrübe wird nun nicht in so großen Mengen gebraucht, daß sie allein als Ersatz in Betracht käme. Die Kartoffel wiederum eignet sich nicht für die typischen Rübenböden. In ihren Blättern, Köpfen, Schnitzeln, und als Melasse liefert die Zuckerrübe nebenbei große Mengen Futters. Als Ersatzpflanzen können hier dienen die Pferdebohne und die Luzerne.

Erstere liefert viel eiweißreiches Futter, verteuert die Arbeit günstig und bereichert den Boden in Stickstoff und Gär. Einer gewissen Ertragsunsicherheit wegen mischt man Hafer dazu. Leider geschieht dies auf Kosten der Stickstoffanreicherung, indem der ewig hungrige Hafer den eben erst gebildeten Stickstoff so leicht an sich reißt.

Die Vorräte der Luzerne sollten viel bekannter sein. Ihre Unabwiesbarkeit, auch in Dürrezeiten, macht uns mehr unabhängig. Schließlich sind noch zu erwähnen, besonders der Preise wegen, der Schließmohn, die Getreidearten, die Mohrrübe und als Silo-Gründe (im engeren Sinne) Mais und Sonnenblumen.

Aber fast alle ersetzen nur den Ausfall an Futter; den geldlichen Gewinn für die

ehedem verkauften Zuckerrüben bringt leider keine Ersatzfrucht voll wieder herein.

Insip. Sch.

Reinmehl und Reinfutten in der Beurteilung ihrer Futterwirkung.

(Nachdr. verb.)

Als milchzeugendes Futtermittel für Milchvieh haben sich vorgenannte Futterarten ganz vorzüglich bewährt und könnten hier stets Verwendung finden, wenn die Preisfrage es immer gestatten würde. Die Reinfuttenrindställe sind in erster Linie als ein rein diätisches Futter anzusprechen. Fütterungsversuche lehren, daß diese Futtermittel im Verhältnis zu anderen Ruchmehlen (wie: Palmkernmehl, Palmkernschrot, Erdnusskuchen) hohe Leistungen in Milch wie auch in Milchfett erzielt haben; trotz des hohen Preises wurde noch ein Reingewinn erzielt. Vor allen Dingen aber sind sie in der Jungviehaufzucht aller landwirtschaftlichen Haustiere, auch bei kranken und heruntergekommenen Tieren, wohl kaum durch ein anderes Futtermittel zu ersetzen.

Bei der Verfütterung von größeren Mengen von Reinfuttenrindställen konnte in der Praxis die Beobachtung gemacht werden, daß bei Verbutterung der Milch eine etwas zu weiche Butter erreicht wurde. Infolge der diätischen Wirkung üben sie auf die Darmwandungen einen guten Einfluss aus, die Reinfuttenrindställe sind besonders als Kraftfutter bei stark anregendem Futter (Sauerfutter, frische Zuckerrübenblätter) gut verwendbar.

Wegen ihrer Eigenschaften, auf Erzeugung einer weichen Butter hinzuwirken, sollten für Milchvieh keine größeren Mengen als 2 kg verabfolgt werden.

(Eine Verfütterung an Schafe und Schweine käme weniger in Frage, dagegen für Pferde sind sie ein gutes, bekanntes Vorbeugungsmittel gegen Drupe.)

M. Krüger, Lindenthal-Weisig.

Getreidefaden durch einen Mann.

(Mit Abb.)

(Nachdr. verb.)

Das Lohnkonto ist das höchste in der Landwirtschaft. Es macht über 40 Prozent aller Bruttoausgaben aus. Denn die Löhne sind gegenüber dem Frieden um 50 Prozent gestiegen und die Soziallasten gar um 500 Prozent (!). Kann man also im Punkte Arbeit etwas ersparen, so wirkt es sich gleich fühlbar aus.

Bisher war man der Meinung, daß zum Einsäen von Getreide immer zwei Mann gehören, einer der schippt, und einer, der den Saatkorb hält. Unsere Zeichnung belehrt uns aber,



daß der Saatkorbhalter gespart werden kann, wenn man zwei Hakenlöffel an einem Balken befestigt, die eine ausgediente Milchkanne, verkehrt mit der Öffnung nach unten, halten. Wird nun der Boden der Kanne herausgeschnitten und unten ein Saal in zweckmäßiger Höhe befestigt, so kann ein Mann das Füllen des Sackes vornehmen.

Zugegeben soll werden, daß das Getreide höher als sonst gehoben werden muß und man auch einen weiteren Weg machen muß, als wenn der zweite Mann mit dem Saal immer dorthin kommt, wo die Masse des Getreides liegt. Aber gerade in kleineren Betrieben ist das Ersparen der einen Arbeitskraft oft ausschlaggebend. Li.

Die Laufente.

(Mit Abb.)

(Nachdr. verb.)

Die Ente wird charakterisiert durch die steil aufgerichtete Gestalt und Haltung, in denen sie die Beküngen noch übertrifft. Der sehr lange Körper ist schlant und walzenförmig, die Brust wird hochgetragen, sie ist ohne jede Kielbildung und tatsächlich fleischiger, als der schlante Körper vermuten läßt. Entsprechend dieser Haltung und Körperform sind die roten Gelenke mit den Schenkeln hoch

und feinknöchig. Die Länge des Körpers wird durch die eigenartige Schwanzform noch unterstützt, nicht aufgestülpt wie bei den Beküngen, sondern kurz, schmal und gerade in der Verlängerung des Rückens läuft er. Die Körperform wird am besten mit einer Weizenhalbscheibe verglichen, damit kommen wir zu dem langen, schmalen und dünnen Hals, der ohne jede Biegung gerade emporragt. Scharf im Genick abgesetzt, trägt er den schmalen, langen, kantigen Kopf, ohne Nackenbildung, fast fleischlos. Wir nennen einen solchen Kopf „trocken“. Der Schnabel wächst aus dem Kopf heraus, so daß er mit der Stirn eine Linie bildet; er ist reichlich stark und soll von gelber Farbe sein. Er ist aber meist mit grünen Lupfen versehen, die Farbe hängt aber mit der Gefiederfarbe zusammen. Die „Bohne“ (Schnabelfuge) ist schwarz. —



Infolge der aufrechten Haltung wackelt die Ente nicht, sondern sie läuft mit aufrechtem Gang.

An Farbenschlügen gibt es außer den weißen noch die schwarzen und reifarbenen. Weniger verbreitet sind die wild- und forellensfarbenen, auch blaue findet man. — Der Kuckwert liegt vor allem in dem Eiern, 70 bis 80 Gramm schwerer Eier; die Jahresleistung erreicht 200 Stück. Die Laufente brütet daher schlecht. Obwohl sie keine eigentliche Fleischente ist, so sind Braten mit 3 Pfund für manchen Haushalt wohl die gegebenen. Die Laufente braucht kein Wasser, es sei denn als Getränk; aber freier Auslauf in Wiese und Feld zum emstigten Futterfuchen, das entspricht ihrer Natur. W. W.

Arbeiten des Hühnerzüchters im Mai.

(Nachdr. verb.)

Die Ställe sind weiterhin fleißig zu desinfizieren, ebenso wie die Nester. In der Nacht besonders ist gehörig zu lüften, aber Zugluft darf nicht entstehen. Das Staubbad ist an einem sonnigen Platz herzurichten. Das Scharrmaterial ist tüchtig mit Kalkstaub zu durchstreuen. Die Futter- und Wassergefäße sind im Schatten aufzustellen. Das Einlegen der Eier ist fortzusetzen. Werden Bruteier nicht mehr benötigt, dann können dem Weichfutter wieder mehr animalische Stoffe beigegeben werden. Dem Weichfutter der Küken setzen wir zwei Prozent Lebertran zu. Auch Vaselineöl ist als Beigabe zu empfehlen, selbst wenn den Hühnern sonst reichlich Grünes zu Gebote steht. Als Getränk ist Magermilch jederzeit von größtem Nutzen. Mit stark zurückgebliebenen Küken sollten sich deren Besitzer nicht lange herumlagen; meist ist es am richtigsten, sie alsbald zu töten. Den frühzeitig geschlüpften Küken, die nun schon zehn bis zwölf Wochen alt sind, sind geschlossene Jahresringe umzulegen. — Im Mai ist die Arbeit der Trutzhühner recht verschieden: sie füllen den Eierkorb, sie brüten oder sie betreuen Küken. Da führende Trutzhennen mit ihren Küken, wenn sie dazu Gelegenheit haben, leicht zu weit fortzuweichen, so ist es zweckmäßig, sie unter einem Gestell (Krinoline) zu halten, den Tuganen aber den Auslauf zu gönnen. Der Platz dafür ist öfters zu wechseln, damit die Putzen alles „abgrasen“ können. Quart mit Schnittlauch sollte ein Hauptfutter für sie ausmachen. An Stelle des Schnittlauchs könnten auch Brennnesseln oder Schafgarbe, gut zerhackt, genommen werden. Ins taufrische Gras dürfen Putzküken nicht gelassen werden. — Die Perlhühner legen weiterhin fleißig, am liebsten an versteckten Orten. Ihnen ist viel darum zu tun, wenn sie sich auf dem großen Hofe oder noch besser im ausgebeuteten Obstgarten ihr Futter selbst suchen können.

Paul Schmann, Zerbst.

Knochenknot ist ein gutes Geflügelfutter.

(Nachdruck verboten.)

Besonders frische Knochen, d. h. solche, die vom frisch geschlachteten Tier sofort zur Verwendung gelangen, sind zu empfehlen. Frisches Knochenknot kann täglich an Hühner in Gaben von 15-20 g verfüttert werden. Dadurch erspart man Fleischmehl und auch Körner. Auf gutes Fleischmehl soll dabei jedoch nicht verzichtet werden. Bei Anschaffung eines Knochenknots wähle man aber einen solchen, der eine splitterfreie Ware liefert. Am besten wird es sein, nicht mehr Knochen zu verarbeiten, als täglich frisch verfüttert werden. Im anderen Falle ist man gezwungen, die Knochen zu trocknen, wodurch ihr Wert aber den frischen Knochen gegenüber unbedingt geringer wird. Kl.

*

Die Automatenfütterung.

ist heute überall sehr beliebt. Sie erspart uns auch in der Hühnerhaltung viel Arbeit. Neben dem Trockenweichfutter aber kann in kleinen Betrieben mit Vorteil ein angefeuchtetes Weichfutter verabreicht werden, was namentlich im Winter ein Vorzug ist. In dem Feuchtfutter können auch alle guten Küchenabfälle benutzt werden. Man stelle das Feuchtfutter aus einer guten Futtermischung her und lege diesem auch ausgebrühtes Luzerne- oder Kleemehl zu. Das zum Aufbrühen benutzte Wasser darf aber nicht abgeseiht werden, da es sehr viele Mineralstoffe enthält. Man brauche es zum Anfeuchten des Futters. Kl.

Was fangen wir mit weisseförmigen Bienen im Frühjahr an?

(Nachdruck verboten.)

Die Frage kommt sehr, sehr häufig vor. Auch auf dem Bienenstande ist gegen den Tod kein Kraut gewachsen, besonders dort nicht, wo der Weisseförmigkeit nicht die nötige Sorgfalt geschenkt wird. Ist nun das weisseförmige Volk bereits recht schwach geworden, kann es zur Not nur noch höchstens drei Gangwaben und ebenso viele Wabenkasten befestigen, dann — fort damit! Vereinfachen mit einem anderen, bereits erkrankten Volk! Blagen wir uns doch nicht so viel mit schwachen Völkern ab; sie trügen immer unsere Hoffnungen, bringen nur Verger, Verdruß, Geldauslagen und — leere Beuten. Die Bienen des Weisseförmigen und jene, mit denen die Vereinfachung geschehen soll, werden mit dünnflüssiger Honiglösung leicht überbraut und dann werden erstere mittels einer Gänsefelleber dem stärkeren, weisseförmigen Volk zugeführt. Die Annahme vollegt sich ohne Beiseite. Ist aber das weisseförmige Volk noch entsprechend stark, so kann ihm seitens des Züchters eine junge, befruchtete Königin unter Beachtung größter Vorsicht zugeführt werden. Die neue Mutter ist entweder aus der Weisseförmigkeit zu entnehmen oder es ist ein kleines Zuchtvölkchen mit Honiglösung zu überbrauten und dem weisseförmigen Volk zuzuführen zu lassen. Bei einiger Vorsicht liegt die Sache tadelloß. Weigert.

Forellenzucht im Kleinbetrieb.

(Nachdruck verboten.)

Die Forelle ist in hohem Maße empfindlich und ihr Sauerstoffbedarf groß. Wo die Forelle, auch Bachforelle genannt, gedeihen soll, darf die Wassertemperatur im Sommer nicht über 15 Grad Celsius ansteigen, während der Karpfen, unser wichtigstes teichwirtschaftliches „Hausier“, seine Frohwildigkeit erst dann zeigt, wenn das Wasser seines Dornstills im Sommer auf über 15 Grad Celsius ansteigt. Die Forelle zeigt bei weitem nicht die Frohwildigkeit des Karpfens, ihr Fleisch wird aber wesentlich höher bezahlt. Wenn ein Teich mit Forellenzucht besiedelt werden soll, so ist zunächst zu prüfen, ob das Wasser jene Eigenschaften besitzt, welche ein Fortkommen der Fische gewährleisten. Wassertrübungen vertragen die Forelle nicht. Se kälter nun das Wasser ist, um so ärmer ist die Naturabgabe. Wir wissen aber, daß sich unter Salmonide die Luftatmung ausbilden muß. Eine gewisse Bodenatmung ist aber immer vorhanden. Da ein Kleinrentier niemals Züchter, sondern nur Fischhalter sein kann, worauf immer wieder hingewiesen werden muß, kauft ein solcher sich den Sackfisch und erntet ihn als Seelware. Wir müssen hier erwähnen, daß der Zuwachs des Karpfens im ersten Jahre 15-45 g, im zweiten 235 bis 455 g, im dritten 750 bis 1250 g beträgt. In der Forellenzucht dahingegen nimmt der Fisch im ersten Jahre 10-25 g zu, im zweiten 90-140 g. Dann ist er eine sogenannte „Portionsforelle“ geworden, wie ihn die Gasthäuser bevorzugen. Schwerere Forellen besitzen ein Fleisch von weit köstlicherem Wohlgeschmack. Ein Forellenteich, der nach wirtschaftlichen Grundrissen behandelt werden soll, darf nicht überlegt werden, denn eine solche verkehrte Bewirtschaftung bringt beiden Teilen keinen Nutzen. Wir können nun Forellenteiche zumeist nur als „mittelmäßig“ bezeichnen, folglich den 5-6 m² Wasserfläche mit höchstens 75 Pfund Forellenzucht besetzen; also einen Teich von 525 qm Größe mit 4 Pfund Seglingen. Soll nun gefüttert werden (der Kleinrentier gebe sich auf keinen Fall damit ab, weil unwirtschaftlich), dann kann die dreifache Belastung genommen werden. Die vorstehenden Angaben beziehen sich auf Durchschnittsverhältnisse; im einzelnen ist eine genaue Prüfung aller Fragen nötig, um eine richtige Lösung über den Zuwachs zu erhalten. Es ist nämlich sehr wohl möglich, daß ein Forellenteich zur zweiten Klasse (sog. „gute“ Teiche) gehören kann, der eine weit höhere Befestigung verträgt. Doole.

